

zur Debatte „Grüne Horizonte/ Lebensland“:

Mobilitätskarte

Arne Pilniok, KV Pinnberg
Robert Habeck, KV Schleswig-Flensburg

Mobil sein will jeder, weil es Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe ist. Wir verstehen Mobilität allerdings nicht nur als Automobilität: ob zu Fuß, mit Rad, Bahn, Bus oder Flugzeug – Mobilität ist vielfältig. Gleichzeitig sind einige Mobilitätsformen eine der größten Bedrohungen von Klima und Umwelt. Wir wollen daher eine Mobilitätspolitik, die individuelle Freiheit der Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit einer radikalen Ausrichtung am Klimaschutz vereinbart. Individuelle Mobilitätsentscheidungen sind oft suboptimal, weil die gesellschaftliche Informations- und Steuerungssysteme nicht ausreichend funktionieren. Aufgabe des Staates muss es daher sein, sinnvolle Bedingungen für die Mobilitätsentscheidungen der Privaten zu schaffen. Er muss einerseits Mobilität ermöglichen und andererseits zugleich Anreize zu ihrer Begrenzung zu setzen. Mobilitätsoptionen eröffnet der Staat, indem er einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr sicherstellt. Dieser ermöglicht erst Frauen wie Männern, Kindern wie Senioren, Behinderten wie Nicht-Behinderten eine gesellschaftliche Teilhabe auch ohne Auto. Die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Verkehr müssen aber auch wesentlich durchlässiger werden etwa durch Bürgerbusse. Wir fordern eine landesweit gültige elektronische Mobilitätskarte, die Schlüssel für vielfältige Mobilitätsdienstleistungen ist. Nach dem Vorbild der CO₂-Emissionsrechte der Industrie muss mit der Mobilitätskarte ein individuelles, handelbares Verschmutzungsguthaben verbunden sein, das nicht nur eine ökologische Lenkungswirkung, sondern auch soziale Umverteilung ermöglicht. Außerdem brauchen wir eine Mobilitätsabgabe auf Produkte und Dienstleistungen, die die Wahrheit über die Kosten unserer Mobilität sagt und das bisherige System vieler unterschiedlicher Steuern, die klimaschädliche Verkehrsträger begünstigen, ersetzt.